

Rheingauer Bote.



Rüdesheimer Zeitung.

Organ für Rüdesheim u. Umgegend.

Gegründet 1877.

42. Jahrgang.

Nr. 137

Erscheint wöchentlich dreimal (Montag, Mittwoch, Freitag). Bezugspreis vierteljährlich M. 1.70 ohne und M. 2.00 mit illust. Sonntagsblatt. Auswärts mit betr. Postaufschlag. Telefon Nr. 295.

Rüdesheim a. Rh.
Freitag, den 22. November

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile 12 Pfg., für auswärts 20 Pfg., Reklamenzeile 50 Pfg.; bei mehrmaliger Aufnahme entsprechender Rabatt. Druck und Verlag von A. Meier in Rüdesheim.

1918.

Erstes Blatt.

Hierzu Sonntagsbeilage Nr. 46.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachungen.

Es wird ersucht, anlässlich der Heimkehr der Truppen die Häuser zu beslaggen.

Rüdesheim a. Rh., den 20. Nov. 1918.

Der Magistrat: Alberti.

An die Bevölkerung Rüdesheims!

Laut Beschluß der vom Arbeiter- und Soldatenrat Wiesbaden einberufenen und durch drei seiner Mitglieder beschickten Volksversammlung vom Samstag, den 16. ds. Mts., abends 8 1/2 Uhr, in hiesiger „Turnhalle“, sind nachverzeichnete Herren in den

Arbeiter- u. Bauernrat der Stadtgemeinde Rüdesheim a. Rh. gewählt und vom Wahlausschuss Wiesbaden anerkannt worden:

Andr. Rückert, Franz Voltendahl,
Karl Bruns, Heinr. Christ,
Josef Dries, Heinr. Volkensfeld.

Dem Arbeiter- und Bauernrat obliegt:

Ueberwachung der Verwaltungsorgane, Kontrolle der gesamten Lebensmittelverteilung, die notwendigen Vorarbeiten für den Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft, sowie Entgegennahme und Prüfung von Beschwerden usw.

Alle Eingaben, Anfragen und Beschwerden sind an die Geschäftsstelle des Arbeiter- und Bauernrates, Rathaus — Zimmer Nr. 9 — zu richten. Mündliche Auskünfte werden daselbst Dienstag und Samstag vormittags von 10—12 Uhr erteilt. Es wird gebeten, nur begründete Beschwerden einzureichen; anonyme Eingaben werden nicht berücksichtigt.

Ferner machen wir die Bewohner von Rüdesheim ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Eingriffe in unsere Befugnisse, wie sie von Deutschnachwächter Höllein unternommen wurden, keinerlei Berechtigung haben; gegen derartige Eigenmächtigkeiten wird für die Folge streng vorgegangen werden.

Wir bemerken noch, daß die Gründung eines Soldatenrates in Rüdesheim a. Rh. schon deshalb unzulässig ist, weil Soldatenräte nur an Orten gebildet werden dürfen, an denen sich militärische Formationen befinden.

Rüdesheim a. Rh., den 20. November 1918.

Der Rüdesheimer Arbeiter- u. Bauernrat.

J. A.: Andreas Rückert, Vorsitzender.

Auf Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten, Arbeiter-, Soldaten- u. Landesbauernrates ist für die Notverpflegung durchziehender Truppen von jedem Kartoffelerzeuger 1 Pfund für jede Rute Anbaufläche abzugeben.

Die Kartoffeln sind im Hey'schen Keller Geisenheimerstraße hier am Samstag, den 23. ds. Mts., abzuliefern und zwar:

Buchstabe A—F	vormittags	1/29—1/210 Uhr
" G—L	"	1/210—1/211 "
" M—P	"	1/211—12 "
" Q—S	nachmittags	2—3 "
" T—Z	"	3—4 "

Empfangsbefcheinigung über die abgelieferten Kartoffeln wird erteilt. Gegebenenfalls erfolgt später Rückerstattung oder Auszahlung des Preises durch die Stadtkasse.

Verzögerung der Ablieferung hat strengste Maßnahmen zur Folge.

Rüdesheim, den 21. November 1918.

Der Magistrat: Alberti.

Montag, den 25. November, findet Margarineverteilung für die Bezirke:

Bezirke 1—7	bei Herrn Franz Lauter, Rheinstr.
" 8—14	" Frau S. Trapp, Oberstraße
" 15—19	" Herrn Hermari, Schmidstraße
" 20—26	" Konsumverein, Feltstraße

statt und zwar:

Bezirke 1, 8, 15 und 20	von 8—9 Uhr vorm.
" 2, 9, 16 und 21	von 9—10 "
" 3, 10, 17 und 22	von 10—11 "
" 4, 11, 18 und 23	von 11—12 "
" 5, 12, 19 und 24	von 2—3 " nachm.
" 6, 13 und 25	von 3—4 "
" 7, 14 und 26	von 4—5 "

Auf den Kopf der Bevölkerung entfällt ein Anteil von 125 Gramm Margarine. Der Preis für die 125 Gramm ist 58 Pfg. Kinder und Selbstversorger erhalten die Hälfte. Fettfleischversorger sind vom Bezüge ausgeschlossen. Fettkarten sind mitzubringen, entwertet wird Nr. 3.

Bezugsberechtigte Ziegenhalter haben ihre Fettkarten am Samstag, den 23. ds. Mts., auf Zimmer Nr. 11 der Bürgermeisterei abzuholen.

Rüdesheim, den 22. November 1918.

Der Magistrat: Alberti.

Hochprozentiges Kali soll nächstens zur Verabgabung kommen. Schriftliche Bestellungen sind bis kommenden Dienstag, den 25. ds. Mts., Zimmer 6 des Rathauses, einzureichen. Preis pro Zentner 12 Mark. Zahlung geschieht später bei Empfangnahme der Ware.

Rüdesheim, den 21. November 1918.

Der Ortswirtschaftsausschuss:

J. A.: Joseph Heep.

Laut Mitteilung der Kreiskohlenstelle sind die auf unsere Bevölkerung entfallenden Gesamt mengen an Brennstoffen so gering, daß nach Abzug der geringsten notwendigen Mindestmengen für Kleinbetriebe, Arbeitsräume usw. für den einzelnen Haushalt nur einige Zentner im Monat zur Verfügung stehen. Da der allgemeine Kohlenmangel unverändert weiter besteht, ist mit der Erhöhung der Zuteilung nicht zu rechnen. Es ist deshalb ein Gebot der Notwendigkeit, daß mit den zugewiesenen Kohlenmengen auf das Sparsamste hausgehalten und eingeteilt wird, umso mehr, als bei vorzeitigem Verbrauch Sonderzuweisungen gänzlich ausgeschlossen sind.

Die Bevölkerung wird aber darauf hingewiesen, daß im städtischen Gaswerk stets Koks zur Verfügung steht, der nach wie vor im Kleinvorlauf

ausgegeben wird. Auf diese Weise ist jedermann die Möglichkeit geboten, nicht nur die angewiesenen Kohlenmengen zu strecken, sondern auch bei eintretenden Störungen in der Zufuhr bis zum Eintreffen weiterer Mengen sich über die augenblickliche Not hinwegzuhelfen. Da durch die augenblicklich herrschenden, sich täglich steigenden Verkehrsschwierigkeiten in der Belieferung der noch ausstehenden Bezugsscheine aller Wahrscheinlichkeit eine Verzögerung eintreten dürfte, sei nochmals eindringlich auf die rechtzeitige Beschaffung von Koks hingewiesen. Die Kartenausgabe hierzu erfolgt jeden Montag (im Stadtbauamt), die Ausgabe im Gaswerk jeden Dienstag den ganzen Tag.

Rüdesheim, den 19. November 1918.

Städtische Kohlenstelle.

Amtliche Nachrichten.

Berlin, 18. Nov. (B. V.) An die Bevölkerung der linksrheinischen Gebiete und der Umgebung von Köln, Koblenz und Mainz! Die Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages bedeuten für die linksrheinischen Gebiete und die rechtsrheinischen Gebiete innerhalb eines von 30 Kilometer Halbmesser um die Rheinbrücken von Köln, Koblenz und Mainz geschlagenen Kreises (sogenannte Brückenköpfe) folgendes:

1. Diese Gebiete sind durch die deutschen Armeen zu räumen. Das bedeutet nur, daß die unter den Waffen befindlichen Truppen aus den Gebieten zurückgezogen werden sollen, damit der deutschen Regierung die Möglichkeit genommen wird, das linksrheinische Land als Aufmarschgebiet zu benutzen. Die gesamte Zivilbevölkerung, auch die Wehrpflichtigen und die Rekrutierten, können ungefährdet auch bei der nachfolgenden feindlichen Besetzung des Landes an ihrem Wohnsitz verbleiben. Im Verlaufe der ordnungsmäßigen Demobilisierung werden auch die aus diesen Gebieten stammenden Angehörigen des Heeres und der Marine, soweit sie von der Demobilisierung betroffen werden, in die Heimat entlassen werden.

2. Der Räumung dieser Gebiete durch die deutschen Truppen wird eine Belegung mit französischen Garnisonen für die Dauer des Waffenstillstandes und nicht vor dem 1. Dezember folgen. Der Feind hat sich das Recht vorbehalten, Requisitionen mit ordnungsmäßiger Abrechnung vorzunehmen, jedoch ist von den Bevollmächtigten der feindlichen Regierung erklärt worden, daß diese Requisitionen die tatsächlichen Bedürfnisse der Besatzungstruppen nicht überschreiten dürfen.

3. In allen geräumten Gebieten ist die Fortführung von Einwohnern untersagt. Dem Eigentum der Einwohner darf kein Schaden oder Nachteil zugefügt werden. Niemand wird wegen der Teilnahme an Kriegsmahnahmen, die der Unterzeichnung des Waffenstillstandes vorangegangen sind, verfolgt werden. Keinerlei Verhaftungen irgendwelcher Art dürfen ausgeführt werden. Die Depots von Lebensmitteln jeder Art für die Zivilbevölkerung, Vieh usw. müssen an Ort und Stelle verbleiben. Andererseits ist Deutschland verpflichtet, keinerlei allgemeine oder staatliche Maßnahmen zu treffen, noch besondere Beschlüsse zu erteilen, die eine Entwertung der industriellen Unternehmungen oder eine Verringerung ihres Personals herbeiführen sollen. Eisenbahnen und sonstige Verkehrsmittel werden weiterarbeiten.

4. Der Zusammenhang der linksrheinischen Gebiete mit dem Deutschen Reich wird in keiner Weise angetastet. Der Feind macht lediglich Anspruch auf eine Gesamtkontrolle.

Leben und Eigentum der Bevölkerung ist somit nicht gefährdet. Die Bevölkerung handelt richtig, wenn sie ihren Wohnsitz nicht verläßt und auch sonst keine unüberlegten Maßnahmen trifft, um eingebildeten Gefahren zu begegnen.

Die Waffenstillstandskommission:

Staatssekretär Graberger, Graf Oberndorff, General v. Winterfeldt, Kapitän a. Z. Vanselow.

Die Friedensverhandlungen

Berlin, 18. Nov. Nach einer Mitteilung des „Vorwärts“ wird der Beginn der Verhandlungen über den Präliminarfrieden in kürzester Zeit, jedoch kaum vor Ende dieses Monats, zu erwarten sein. Sie werden in Paris oder Versailles stattfinden und sollen bis Ende Januar beendet sein. Danach wird die Beratung des eigentlichen Friedensvertrages beginnen. Für diese wird ein Apparat von vielen hundert Delegierten aufgebaut werden. Eine ganze Anzahl von Spezialkommissionen müssen gebildet werden, die im Zusammenhang mit der Friedenskonferenz tagen sollen.

Der Staatssekretär des Friedens

Berlin, 17. Nov. Auf dringendes Eruchen der neuen Regierung hat sich Staatssekretär Erzberger bereit erklärt, die Waffenstillstandsverhandlungen zu Ende zu führen und die Friedensverhandlungen einzuleiten. Erzberger ist also im eigentlichen Sinne Staatssekretär für den Frieden.

Wilson auf der Friedenskonferenz

Berlin, 19. Nov. Die „Voss. Ztg.“ schreibt: Wie ein Londoner Gewährsmann berichtet, wird Wilson in einigen Wochen in London eintreffen, um nach kurzem Aufenthalt nach Paris weiter zu reisen. Die Verhandlungen über den Präliminarfrieden sind in Paris im Fortschreiten. Man nimmt an, daß die Verhandlungen nur kurze Zeit in Anspruch nehmen werden. Wilson soll England und Frankreich zu bedeutenden Zugeständnissen veranlaßt haben, da Wilson überzeugt ist, daß die deutsche Republik auf festem Boden steht. Er hofft jedoch, daß die Wahlen zur Nationalversammlung sobald wie möglich abgehalten werden, da von der Entwicklung der inneren Politik Deutschlands die Lieferung von Lebensmitteln abhängt. Wilson will Deutschland auch noch weitgehende Zugeständnisse für die Belieferung mit Rohstoffen machen. Er macht aber auch dies abhängig von der inneren Lage Deutschlands.

Amerikas Standpunkt

Basel, 19. Nov. Die „Times“ melden aus New York: Lansing erklärte am Sonntag im Kongress, die Alliierten seien bereit, mit Deutschland einen Präliminarfrieden abzuschließen. Ein endgültiger Friedensschluß sei aber erst nach Herstellung der vollkommenen staatsbürgerlichen Freiheit durch eine allen Parteien gerecht werdende Reichsverfassung möglich. Weder eine kapitalistische, noch eine sozialistische Republik sei der Ausdruck des Volkswillens, sondern eine Republik, die alle Staatsbürger umfasse. Experimente dürften bei den Alliierten auf Widerstand stoßen.

Keine Milderung der Bedingungen

Berlin, 20. Nov. (B. B.) Alle zurzeit in der Presse auftauchenden Nachrichten über erreichte oder uns zugesagte Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen entsprechen nicht den Tatsachen. Vielmehr ist festzustellen: Trotz aller Vorstellungen und aller bereits zutage getretenen Unzulänglichkeiten in der praktischen Durchführung der uns auferlegten schweren Bedingungen des Waffenstillstandes ist von unseren Gegnern nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt worden.

Die deutsche Waffenstillstandskommission:

Staatssekretär Erzberger.

Einigung über kritische Fragen

Berlin, 21. Nov. (B. B.) Ueber eine Reihe kritischer Fragen im Waffenstillstandsabkommen ist durch die zuständige Kommission in Spaa eine Uebereinkunft mit Marshall Foch herbeigeführt worden. Die wichtigsten Punkte sind:

In Elsass-Lothringen können alle demobilisierten Personen, einschließlich Offiziere, die bereits dort sind oder dorthin entlassen werden, verbleiben oder dorthin zurückkehren. Für die besetzten Gemeinden auf dem linken Rheinufer gilt, daß alle demobilisierten Personen, einschließlich Offiziere, dort verbleiben oder zurückkehren können, wenn sie vor dem Kriege dort ihren Wohnsitz hatten. Ueber die Art der Besatzungstruppen im linksrheinischen Gebiet ist noch nichts verfügt, dagegen besteht vollkommene Uebereinkunft, daß die deutsche Verwaltung im linksrheinischen Gebiet während der Zeit der Belagerung bestehen bleibt. Der Schutz des Eigentums und der persönlichen Freiheit ist gewährleistet. Entgegen einigen zutage getretenen Ansichten ist festzustellen, daß alle Verbesserungen, welche die Waffenstillstandskommission vor dem Abschluß des Waffenstillstandes erreicht hat, voll aufrecht erhalten bleiben. Weitere Milderungen wurden jedoch nicht erreicht.

Die deutsche Waffenstillstandskommission:

Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender.

Ein deutscher Protest.

B. T. B. Berlin, 21. Nov. Der Vorsitzende der ständigen Waffenstillstandskommission in Spaa, General v. Winterfeldt, erhielt gestern auf eine Reihe von deutscher Seite vorgeschlagenen Erleichterungen vonseiten des Marschalls Foch folgende Erwiderung: „Den im Briefe des Generalmajors v. Winterfeldt vom 18. November enthaltenen Forderungen bezüglich der militärischen Bedingungen des Waffenstillstandes kann keine Folge gegeben werden.“

Darauf gab General v. Winterfeldt im Einverständnis mit dem Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger, heute den folgenden Protest ab:

„Die Erleichterung der Waffenstillstandsbedingungen, die von der deutschen Waffenstillstandskommission in ihrer Note vom 18. November unter eingehender Begründung angeregt wurde, ist vom Marschall Foch rundweg abgelehnt worden. Es bleiben daher Bedingungen in Kraft, wie sie in der Geschichte wohl noch nicht aufgestellt worden sind. Ein modernes Heer von über drei Millionen Mann, mit einem kompletten technischen Apparat, soll in Generalmärschen in ungünstiger Jahreszeit auf vielfach schlechten und gebirgigen Straßen über die Deseilen des Rheines in voller Ordnung zurückgeführt werden. Die Zivilbevölkerung der Gebiete, die von dieser Heeresfülle durchzogen werden, sollen dabei vor jeder Belästigung bewahrt bleiben. Gleichzeitig werden dem Heer gewaltige Transportmittel abgenommen. Ungeheures Kriegsmaterial und viele Tausende von Gefangenen der verschiedenen Nationalitäten sollen ordnungsgemäß und in tadellosem Zustande übergeben werden. Es darf an das unparteiische Urteil jedes erfahrenen Offiziers der Truppe oder des Generalstabes appelliert werden, um zu entscheiden, ob eine derartige Leistung überhaupt im Bereich der Möglichkeit liegt. Die Kriegsgeschichte wird in dieser Beziehung später ein sehr deutliches Urteil sprechen. Nachdem somit eine Milderung der praktisch völlig unausführbaren Bedingungen abgelehnt wurde, trotzdem sich die militärischen und politischen Verhältnisse, die zur Aufstellung solcher Bedingungen geführt haben, seit Unterzeichnung des Waffenstillstandes von Grund auf verändert haben, kann nur angenommen werden, daß es die Absicht des Oberkommandos der Alliierten ist, noch während des Waffenstillstandes das Heer völlig aufzulösen und zu vernichten, das während fünfzig Monaten gegenüber mächtigen Gegnern ruhmvoll standgehalten hat und dessen Front bei Einstellung der Feindseligkeiten nicht durchbrochen war. Tausende der tapferen Männer, die in Erfüllung ihrer Pflichten für ihr Vaterland gekämpft haben, werden infolge der ihnen auferlegten Gewaltmärsche als Opfer der Erschöpfung am Wege liegen bleiben oder noch kurz vor der Erreichung der Heimat in Gefangenschaft geraten.“ — Der Protest wird sodann die Frage auf, ob ein derartiges Ergebnis ein Friede der Versöhnung und Berechtigung ist, und betont weiter: „Daß durch die schonungslose Ausführung der harten Waffenstillstandsbedingungen das deutsche Volk mit seinen Frauen und Kindern von Anarchie und Hungersnot bedroht wird, wurde zu wiederholten Malen hervorgehoben. Diese, den Geboten der Menschlichkeit entsprechenden Vorstellungen scheinen keinerlei Beachtung gefunden zu haben. Unter solchen Umständen bleibt dem Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission nur übrig, noch einmal ausdrücklich zu erklären, daß Deutschland auch weiterhin alles in n. w. d. r. in Menschenkräften steht, um die Waffenstillstandsabkommen gewissenhaft zu erfüllen, daß aber für die geordnete und bündliche Durchführung der erzwungenen Bedingungen keine Gewähr übernommen werden kann und daß die Verantwortung für alle weiteren Folgen, die schließlich Rückwirkung auf das ganze westliche Europa haben werden, hierlich vor aller Welt abgelehnt wird.“

Amerika verlangt die deutsche Volksabstimmung

Rotterdam, 21. Nov. Die Zeitungen melden aus Paris, daß Clemenceau vor seiner Abreise nach Elsass-Lothringen im Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten eine Rede hielt, in der er betonte, daß die Zustände in Deutschland gegenwärtig nicht so geklärt seien, daß man die jetzige Regierung zu Friedensverhandlungen einladen könne. Amerika bestehe darauf, daß die neue Regierung ihre Berechtigung erst durch eine Volksabstimmung nachweise.

*

Basel, 19. Nov. Dem „Daily Express“ zufolge haben Lloyd George und Balfour in ihren letzten Tagen Besprechungen mit Unterhausmitgliedern keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Alliierten auch keine aufgezwungene sozialistische Republik in Deutschland anerkennen und auch mit dieser, die wieder die Herrschaft einer einzigen Klasse sei, keinen Frieden schließen könnten. Die Alliierten verlangten auch für Deutschland die Gleichberechtigung aller Parteien und eine Verfassung, die für alle Zeiten den Terrorismus einer einzigen Klasse ausschloß. Durch Aufstand gegenwärtig, würden die Alliierten vor der Sicherstellung der absoluten Freiheit in Deutschland nicht an einen Frieden, auch nicht an eine Demobilisation denken können.

Nach Londoner Telegrammen sprach Balfour am Samstag über die Frage der Staatsform in Deutschland. Seine Ausführungen gingen dahin, daß die Alliierten für Deutschland die Voraussetzungen des Friedens in einer demokratischen, nicht aber in einer sozialistischen Republik erblicken. Eine Vergewaltigung der nichtsozialistischen Parteien in Deutschland würde von den Alliierten nicht geduldet werden. Auch ein Friede würde nur mit einer demokratischen Republik, die alle Volksklassen umfaßt, geschlossen werden.

Friedensangebot Wilsons vom Herbst 1917

Berlin, 22. Nov. Der Münchner Beirater des „Berliner Tageblatts“ berichtet: In der Presse wird wiederum verbreitet, daß keiner der Feinde Deutschlands im Weltkrieg jemals ein Friedensangebot gemacht habe. Demgegenüber erluchte mich der bayerische Finanzminister Professor Dr. Jaffe, folgende für die Vorgeschichte des Friedens höchst bemerkenswerte Erklärung durch das „Berliner Tageblatt“ zu verbreiten:

„Um keine Verdunkelung der Tatsachen eintreten zu lassen, erkläre ich hierdurch im „Berliner Tageblatt“, daß ich persönlich im Spätherbst 1917 ein von dem Genfer Vertrauensmann des Präsidenten Wilson mir übergebenes Friedensangebot der Regierung der Vereinigten Staaten in die Hände des Staatssekretärs von dem Bunde weitergeleitet habe. Dieser hat sich damals mir gegenüber verpflichtet, es dem Staatssekretär v. Kühlmann weiter zu geben. Einige Wochen später ist ein entsprechendes Friedensangebot der Vereinigten Staaten an Österreich-Ungarn in die Hände des Grafen Czernin übergeben worden. Auf beide Angebote ist trotz mehrfacher Anfragen der mit der Ueberrichtung betrauten Personen weder von Deutschland noch von Österreich-Ungarn eine Antwort erfolgt.“ (Eine Gegenerklärung wird evtl. erfolgen.)

Die Nationalversammlung.

Die proletarisch-sozialistische Republik

Berlin, 18. Nov. (B. B. Mitleid.) Entscheidung. Die Arbeiterschaft und die Soldaten sind vom alten Regierungssystem am schärfsten bedrückt worden. Arbeiter und Soldaten hatten am meisten unter den Kriegswirkungen zu leiden. Die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen des Krieges drohen der Arbeiterschaft schwere Schäden anzubringen. Die Soldaten und Arbeiter haben das alte Regierungssystem beseitigt. In den revolutionären Organisationen der Arbeiter- und Soldatenräte verkörpert sich die neue Staatsgewalt. Diese Gewalt muß gesichert und ausgebaut werden, damit die Errungenschaften der Revolution der gesamten Arbeiterklasse zugute kommt. Diese Sicherung kann nicht erfolgen durch die Umwandlung des deutschen Staatswesens in eine bürgerlich-demokratische Regierung, sondern in eine proletarische Regierung auf sozialistischer Wirtschaftsgrundlage, in der das arbeitende Volk das heilige Recht hat, die öffentlichen Angelegenheiten zu regeln. So schnell als möglich die Nationalversammlung einzuberufen, soll die Arbeiter- und Soldatenräte der Revolution bringen. Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins verlangt daher die Einberufung einer Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Die Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands hat auf Grund des von ihr festzusetzenden Wahlsystems den Zentralrat der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte zu wählen, der eine neue, den Grundgesetzen der proletarischen Demokratie entsprechende Verfassung zu entwerfen hat. Diese ist einer von ihm einzuberufenden konstituierenden Versammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Berlin, den 18. November 1918.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats.
Mollenhuth. Müller.

Berlin, 18. Nov. Der „Vorwärts“ und das Organ der Unabhängigen, „Die Freiheit“, haben bisher widersprechende Meinungen darüber gemacht, daß ein Gesetzentwurf über die Wahlen der Nationalversammlung ausgearbeitet und der 2. Februar als Wahltag bestimmt sei. Die offizielle Korrespondenz der gegenwärtigen Regierung gibt keine entscheidende Antwort, sondern teilt nur mit, daß sie eines der unabhängigen Mitglieder befragt habe und daß dieser erklärte, ein Gesetzentwurf über die Wahl der Nationalversammlung liege vor, aber die Regierung habe noch nicht endgültig Beschluß gefaßt und er halte es für ausgeschlossen, daß die Wahl bereits am 2. Februar stattfinden könne, denn das Heer sei dann noch in Auflösung. Man könne bis dahin noch keine Wählerliste auflegen. Man könne noch nicht den Umfang des zukünftigen Reichsgebietes, das was abgetrennt werden solle. Deshalb glaubt dieses unabhängige Kabinettsmitglied, daß der Zusammtritt der Nationalversammlung jedenfalls nicht so frühzeitig erfolgen werde, wie man vielfach glaube. Man gewinnt aus dieser Darstellung von neuem den Eindruck, daß die Frage der Nationalversammlung innerhalb der jetzt regierenden selbst noch Gegenstand ernstlicher Meinungsverschiedenheiten ist. Gleichzeitig wird in mehreren Blättern übereinstimmend gesagt, es solle vor Einberufung der Nationalversammlung noch die Sozialisierung großer industrieller Betriebe stattfinden. Auch die Regelung finanzieller Fragen und sogar der Erbschaftsteuer würden erwogen.

Braunschweig gegen die Konstante

Braunschweig, 19. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat Braunschweig beschloß heute abend einstimmig folgende Kundgebung an die Reichsleitung: Der Arbeiter- und Soldatenrat Braunschweig erklärt: Die Einberufung einer Nationalversammlung ist nicht das Gebot der Stunde. Die Notwendigkeit der Zeit erfordert dringend die Einberufung eines Reichs- Arbeiter- und Soldatenrates.

Ein Protest Hessens

Darmstadt, 21. Nov. (B. B.) Unter dem Eindruck der Entwicklung in Berlin hat die

Staatsregierung heute folgenden Protest an die Reichsregierung gerichtet: Die heftige Regierung erhebt bei der Reichsregierung scharfen Protest gegen die Ausschaltung der Einzelstaaten und gegen die Nichtberücksichtigung dieser Staaten durch Erlass von Gesetzen und Verordnungen. Die heftige Regierung verlangt unter allen Umständen schleunigste Überberufung der Nationalversammlung. Durch Fortsetzen eines geschlossenen Bundes wird der Reaktion in die Hände gearbeitet und andererseits die Gefahr vermehrt, daß sich die Parteien in die innerdeutschen Verhältnisse einmischen und schließlich die Reichseinheit gefährdet wird. Wir wollen nicht anstelle der glücklicherweise vernichteten preussischen Militärantifasch eine einseitige preussische Diktatur eintauschen.

Berlin, 19. Nov. Die Trennung von Kirche und Staat gedenkt Adolf Hoffmann nunmehr praktisch durchzuführen. Wie wir zuverlässig hören, hat er, vom 1. April 1919 ab die Zahlung der Kultusgelder einzustellen, was natürlich auch zur Folge hat, daß die Geistlichkeit, soweit sie in staatlichen Gebäuden wohnt, diese verlassen muß. Im preussischen Kultusministerium wird auch der Gedanke erwogen, das Verbot der Klöster zu säkularisieren. Wir müssen uns vorbehalten, diesen sauberen Plan Adolf Hoffmanns eingehend zu besprechen.

Oslo, 21. Nov. Der Lebensmittelrat der skandinavischen Länder erklärt, daß er von der Mitteilung deutscher und dänischer Blätter, wonach Deutschland demnächst ein gewisses Quantum Getreide, Fleisch und Mais erhalten wird, nichts wisse. Das skandinavische Lebensmittelamt erklärt, daß über eine eventuelle Anweisung für Deutschland dem Lebensmittelamt nicht verhandelt wurde, und daß keinerlei Vorräte nach Deutschland geschickt werden, ehe der Rat genau weiß, wie die Verhältnisse in Deutschland liegen.

Jünnbrunn, 21. Nov. W. L. B. Nichtamtlich. Meldung des Wiener Telegr.-Korresp.-Büros. Heute früh machte der Bürgermeister durch Plakate Mitteilung von der bevorstehenden Ankunft italienischer Truppen in der deutschen Stadt Jünnbrunn. Nach Informationen von zuverlässiger Stelle sollten um 9 Uhr vormittags 1000 Mann italienischer Truppen eintreffen, und morgen sollten noch weitere 10000 Mann folgen, die heute in der Nähe von Matrai gelagert hatten. Mittags kam jedoch die Mitteilung, daß die Italiener Befehl erhalten hätten, nicht nach Jünnbrunn einzumarschieren, und daß sie vorläufig in Matrai bleiben.

Er sitzt!

Der „Bayer. Kurier“ berichtet unter der Stichworte: „Er sitzt!“ folgendes: „Der hochgebietende Herr Stadtkommandant W. Arnold, ist nicht mehr. Nach dem er glorreich der Revolution auf die Beine gekommen, dabei unendlich viel Zigaretten geraucht und die brennenden Stummel auf den wertvollen Teppich des Empfangssaales geworfen hat, hat man ihn plötzlich nach vier oder fünf Tagen vor die Tür gesetzt. „Ein Herr Arnold“ so lautete kurz der offizielle Erlass des Kriegsministeriums, sei eines Pöbels entbunden worden. Man sieht sich verwundert an. Ein Mann mit solchen Verdiensten, der die Revolution aus der Taufe gehoben hatte — das Wort Taufe ist allerdings etwas deplaziert — der von Rechts wegen ein Denkmal im neuen Bayern verdienen würde, den scheidt man so schnell davon! Ja, ist denn in den biedereren Herrn Roschaupt, so fragte man sich, der leidige Antisemitismus gefahren, daß er den zwanzigjährigen jüdischen Herrn Stadtkommandanten aus Friedrichshafen nicht mehr um sich sehen will? Nein, das kann nicht sein, denn sonst müßte er ja mindestens die Hälfte seiner ganzen Umgebung verlassen. Also muß es etwas anderes sein, was in diesem Undant Veranlassung gab! Und es ist auch etwas anderes. Der Herr Stadtkommandant hat vor acht Tagen so hoch über uns stand und unser Erscheinen verbot, er sieht heute nicht mehr so, sondern er sitzt. Er sitzt sogar sehr fest! Er sitzt nämlich die Zeit seiner Herrlichkeit sehr gut auszunutzen, um einen finanziellen Grundstock zu legen, und seiner herabgekommenen skandinavischen Eleganz auf die Beine zu helfen. Gegen zwei Vanten hat er Betrugsversuche geübt. Es handelt sich um Beträge von siebenunddreißigtausend Mark und siebenhundert Mark. Diese misshandelte Jagd nach Kriegas- und Revolutionsgewinn ist ihm zum Verhängnis geworden und vielleicht bald kann man vor Gericht Näheres über diese Beuleiterscheitern des Münchener Umsturzes vernehmen, wenn man es nicht vorzieht, den Skandal und seinen Urheber in der Versenkung verschwinden zu lassen.“

Die kaiserliche Familie.

Holländische Grenze, 19. Nov. Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, fährt der kaiserliche Deutsche Kaiser den Namen Graf Wilhelm von Hohenzollern.

Botsdam, 19. Nov. Nach einer der „Tgl. Bl.“ zugegangenen Meldung ist die Kaiserin, um ihren Haushalt zu vereinfachen, aus dem neuen Botsdam zu ihrem Sohn Prinzen Eitel Friedrich in Villa Jünnbrunn übersiedelt.

Die deutschen Menschenverluste im Kriege.

Berlin, 19. Nov. Auf Grund zuverlässiger Unterlagen können wir die Verluste Deutschlands bis zum 31. Oktober 1918 genau angeben. Deutschland hat 1 580 000 Tote zu beklagen. Als vermisst werden 260 000 Mann gemeldet, wovon aber

ebenfalls ein großer Teil nicht mehr unter den Lebenden weilen wird. Die Zahl der in Feindeshand befindlichen deutschen Gefangenen beträgt 490 000. Verwundet wurden 4 Millionen Soldaten, wobei aber eine wiederholte Zählung in den Fällen vorgekommen ist, wo ein Soldat mehrmals verwundet worden ist.

Christliche Arbeiter!

Der Kriegausschuß und die innerpolitische Umwälzung stellen dem deutschen Volk in der nächsten Zeit gewaltige Aufgaben. Die christliche Arbeiterschaft muß sich auf den Boden der gegebenen Verhältnisse stellen, an der Lösung dieser Aufgaben mitarbeiten. Vor größter Bedeutung für unser Gesamtvolk sind vor allem die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, eine ungehörte Lebensmitteldistribution, eine gute Erledigung der Demobilisation und der Umstellung der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft sowie die Unterbringung aller Arbeitskräfte. Daran müssen wir energisch mitwirken. Darüber hinaus müssen wir auch weiter entschieden unsere christlichen Ideale vertreten. Das erscheint um so notwendiger, weil jetzt alles in Fluß und das Volk in seinen Tiefen aufgewühlt ist. Notwendiger denn je ist in der Zukunft eine starke christliche Arbeiterbewegung. In dem innerlich freien Deutschland, welches jetzt geschaffen werden und in dem die Mehrheit entscheiden soll, müssen auch wir mit Massen auftreten können. Deshalb muß sich jeder christliche Arbeiter, der noch unorganisiert ist, jetzt den christlichen Gewerkschaften anschließen; jeder Gewerkschaftler aber muß ein Werber für seine Bewegung sein. Christliche Arbeiter, hinein in die christlichen Gewerkschaften!

Bermischte Nachrichten.

* Radesheim, 22. Nov. Der Anmarsch der 5. Armee (General v. d. Marwitz) ist auch hier durch Anschlag bekannt gegeben worden. Auf den Inhalt dieser Ankündigung wird hiermit besonders hingewiesen. Die Spitze dieser Armee wird in diesen Tagen den Rhein überschreiten. Hinter derselben folgen mehrere hunderttausend Mann braver Soldaten, die bisher tapfer dem Feind die Stirn geboten hatten, und jetzt über den Rhein zurückgeführt werden. Diese Truppen werden auch durch unsere Stadt kommen. Ihnen zum Willkommen mögen die Häuser der Durchzugs- und angrenzenden Straßen Plagenschmutz anlegen. Ehrt unsere heimkehrenden Krieger.

Vier Jahre haben sie mit Aufopferung von Gut und Blut Heimat, Haus und Hof geschützt. Dafür sind wir ihnen unaussprechlichen Dank schuldig!

Herzlichen Willkommen unseren Kriegern!

* Radesheim, 22. Nov. Das in der Böhrstraße belegene Wohnhaus mit Stallung und Garten der Wwe. Gg. Müller, geb. Weiss, ging durch Vermittlung des Agenten Peter Murr von hier an die Eheleute Friedrich Steckenmesser von hier zum unbekannten Preise durch Kauf über.

* Radesheim, 22. Nov. Der „St. Elisabeth-Verein“ ist mit dem 19. November in ein neues Vereinsjahr eingetreten, nach dem das alte durch die im Schwesterhaus abgehaltene Jahresversammlung mit vorausgegangenen Festgottesdienst des hochw. Herrn Pfarrers Kohl einen verdienstreichen Abschluß genommen hat. Das Werk stiller Tätigkeit im Dienste der Nächstenliebe setzt sich auch im neuen Vereinsjahre fort. Mit dem Völkerrkriege sind nicht auch Armut, Krankheit und Not zu Ende gegangen, im Gegenteil. Bis das Wirtschaftsleben aus den überall angehäuften Trümmern wieder erstehen und zu neuer Blüte sich erheben kann, wird manche gute Elisabeth ausgehen müssen, um mit der edelmütigen und unioffendsten Opferliebe, zu der nur Gottesgnade befähigt die Hungerigen zu speisen, die Kranken zu pflegen und allen was mühselig und beladen ist Erleichterung zu verschaffen. Der „St. Elisabeth-Verein“ betrachtet es deswegen vor wie nach als seine vornehmste Aufgabe zu helfen, was er helfen kann. Aber bei der Knappheit eigener Mittel muß er die Mithilfe aller edelgesinnten Menschenherzen in Anspruch nehmen, damit die Tränen in den Familien derer getrocknet werden können, die zu dem heimatlichen Herde, den sie auf den Schlachtfeldern mit ihrem Blute verteidigt haben, wieder zurückgekehrt sind. Mögen recht viele ihre Gaben für den Verein im Schwesterhause niederlegen. Da aus bekannten Gründen die aktiven Mitglieder des Vereins auch in diesem Jahre von der Anfertigung von Kleidungs- und Wäscheutensilien für die Armen absehen und ihre Tätigkeit mehr auf die Beschaffung von Nahrungs- und Heizmitteln hinrichten müssen, so ist dem wohlthätigen Zwecke des Vereins am besten durch eine reichlichere Geldunterstützung gebient. Mit Dank gegen Gott wird auch die kleinste Gabe gern angenommen. An Stelle der im verfloffenen Vereinsjahre verstorbenen 7 Mitglieder sind 7 neue eingetreten. Der Rechnungsabluß 1917/18 ist im Anzeigenteil ersichtlich.

* Radesheim, 22. Nov. An den Bahnhöfen herrscht durch die Rückkehr unserer Truppen zeitweilig

geradezu ein Marktverkehr. Die einlaufenden Transportzüge werden von Kaufstüben in einem Maße belagert, daß vielfach zur militärischen Absperzung geschritten werden mußte. Die zurückflutenden Truppen führen meistens große Mengen von Lebensmitteln, Bekleidungsstücken usw. mit, die meistens nicht das Eigentum der Soldaten sind, und niemand daran ein Kaufs- oder Verkaufsrecht besitzt, denn der größte Teil dürfte aus den Proviantmagazinen usw. herühren. Für die Militärpersonen ist die Entäußerung solcher Sachen strafbar und ebenso strafbar machen sich die Käufer. Besonders zahlreich sind die Plünderungen von Eisenbahnwagen, sowohl seitens der Soldaten als auch der Zivilisten. Bei diesen Plünderungen handelt es sich um hohe Werte. Dabei fallen den Plünderern große Bestände an Kleidungsstücken, Decken und Lebensmitteln in die Hände. In Bingerbrück wurden seitens der Behörden mehrere Waggons mit Vieh, Mehl, Benzin und anderes mehr im Werte von mehreren hunderttausend Mark angehalten, alles Dinge, mit denen ein lebhafter Handel betrieben wurde. Unter diesen Umständen sah sich der zuständige Arbeiter- und Soldatenrat genötigt, mehrfach Hausdurchsuchungen vorzunehmen, die überraschende Ergebnisse lieferten. So wurden bei einem Bahnbeamten in Bingerbrück Waren im Werte von etwa 150 000 Mark beschlagnahmt, darunter 8—10 Zentner Kakao, 3 Zentner Fett, 2 Sack Wolle, eine Unmenge Konserven und anderes. In einem anderen Falle konnte die Behörde noch 34 Kisten, enthaltend je 50 Büchsen Fleischkonserven, in Sicherheit bringen, die in Gefahr schwebten, verloren zu gehen. Um ähnlichen Vorfällen vorzubeugen, ist angeordnet worden, Kaufstüben ohne Ansehen der Person zu verhaften. Es sind neuerdings Kontrollkommissionen in Kraft getreten, die im Verdachtsfalle Hausdurchsuchungen vornehmen und die strengste Bestrafung der Beteiligten veranlassen.

* Radesheim, 22. Nov. Bei den gewaltigen Anforderungen, die der Rücktransport unserer Armeen an die gegenwärtigen Verkehrsverhältnisse stellt, muß jedes Transportmittel in den Dienst dieser vaterländischen Sache gestellt werden. Auch die Rheinschiffe werden jetzt zu dem Rücktransport der Soldaten herangezogen. Schon seit einigen Tagen sieht man die Dampfer verkehren, welche die Truppen rheinaufwärts bringen, um auf diesem Wege in die Heimat zu gelangen.

* Radesheim, 22. Nov. Das stellv. Generalkommando erläßt folgende Bekanntmachung: „Alle Urlauber, die sich von ihren Truppenteilen entfernten, ohne Urlaub von der zuständigen Dienststelle zu haben, werden hiermit aufgefordert, unverzüglich zurückzukehren, andernfalls gegen sie vorgegangen wird.“

* Radesheim, 22. Nov. (Zur Entlassung der Mannschaften.) Alle in der Heimat mit Urlaubsschein anwesenden Offiziere des Beurlaubtenstandes, Unteroffiziere und Mannschaften aller Jahrgänge, mit Ausnahme 1896 bis 1899, sind bis zum 30. 11. zu entlassen. Die Urlauber der Jahrgänge 1896 bis 1899 begeben sich zur nächsten Erfahrungsform, wenn sie ihren Truppenteil nicht erreichen können.

* Radesheim, 22. Nov. (Die Amerikaner kommen?) Wie französische Zeitungen mitteilen, ist die aus zehn Divisionen bestehende dritte amerikanische Armee dazu bestimmt, Elsaß-Lothringen und das linke Rheinufer zu besetzen. Die Armee soll 250 000 Mann zählen. — Wie aus Kreuznach gemeldet wird, wird die feindliche Besatzung für Kreuznach auf einige hundert Mann geschätzt.

* Radesheim, 22. Nov. (Viehzählung am 4. Dezember 1918.) Seit dem 1. März 1917 werden auf Beschluß des Bundesrats vierteljährliche Viehzählungen vorgenommen, deren Ergebnisse für die Beurteilung sowohl der Fleischversorgung wie der Futtermittelverteilung wichtig und unentbehrlich sind. Die Zählungen erstrecken sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Gänse, Enten, Hühner und zahme Kaninchen. Die nächste Zählung hätte am 1. Dezember d. Js. stattzufinden. Da dieser Tag jedoch ein Sonntag ist, und da ferner durch Bundesratsbeschluß eine allgemeine Volkszählung für Mittwoch, den 4. Dezember d. Js. angeordnet ist, wurde bestimmt, daß auch die nächste Viehzählung an diesem Tage stattfinden soll. Durch die Zusammenlegung beider Zählungen auf einen Tag wird das Zählgeschäft, die Austeilung und die Wiedereinsammlung der Zählpapiere in den Haushaltungen usw. für alle beteiligten Stellen, sowohl für die Behörden wie für die Zähler und die gesamte Bevölkerung, wesentlich erleichtert und vereinfacht.

* Radesheim, 22. Nov. (Reiseausweisscheine.) Ausweisscheine sind nur für solche Reisen erforderlich, die von der Zivilbevölkerung zum Verlassen des von dem Feinde zu besetzenden Gebietes und der neutralen Zone, die nach Zeitungsnachrichten sich 10 km. breit vom Rhein entfernt und um jeden Brückenkopf herumgezogen unternehmen werden. Reisen der Militärpersonen, sowie Reisen der Zivilbevölkerung innerhalb dieses Gebietes und dieser Zone und in dieses

Gebiet und diese Zone hinein sind also unbeschränkt zulässig. Nach einem Erlaß des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten sind Ausweisscheine nur zu erteilen für dringende Berufsreisen im öffentlichen Interesse, bei Tod oder schwerer Erkrankung der nächsten Angehörigen und zur Aufrechterhaltung des Markt- und Schulverkehrs. Die Reisenden haben erforderlichen falls den Nachweis dafür zu erbringen. Der Herr Regierungspräsident hat im Einvernehmen mit der zuständigen Eisenbahndirektion bestimmt, daß die Ausweisscheine von den Ortspolizeibehörden zu erteilen sind. Obige Vorschriften treten mit dem 24. ds. Mts. in Kraft.

* **Rüdesheim, 22. Nov.** (Fortfall der fleischlosen Wochen.) Für die am 18. November begonnene Woche kann die Aufbringung und Heranschaffung von Vieh und Fleisch aus technischen Gründen nicht mehr in die Wege geleitet werden. Es muß daher dabei verbleiben, daß die Woche vom 18. bis 24. Nov. fleischlos ist. Es wird aber diese Woche die letzte fleischlose Woche sein. Die für Dezember 1918 und Januar 1919 in Aussicht genommenen fleischlosen Wochen werden in Wegfall kommen, da zu erwarten ist, daß durch die bevorstehende Demobilisierung die nötigen Fleischmengen für die versorgungsberechtigte Zivilbevölkerung frei werden.

Bingen. Tag für Tag kommen Tausende von Soldaten auf dem Rückwege in die Heimat hier durch. Western traf eine Rote-Kreuz-Kolonie und eine Brückenbau-Abteilung der Pioniere hier ein. Die Brückenbau-Abteilung wird nach St. Goar sich begeben, wo eine Brücke über den Rhein geschlagen werden soll, um der beschleunigten Abfuhr der Truppen zu dienen. Im Rheingau soll ebenfalls eine Brücke über den Rhein gebaut werden.

Wiesbaden, 21. Nov. Um eine drohende Arbeitslosigkeit zu verhindern, hat der Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen, in den Kreisen Wiesbaden Stadt und Land, im Untermain- und Rheingaukreis den Achtstundentag einzuführen. Für den Ausfall an Arbeitsstunden ist ein Lohnausgleich einzuführen.

Wiesbaden, 19. Nov. Der zum Tod verurteilte Raubmörder Soldat Kapczel, der die Frau Ehret

in der Faulbrunnenstraße ermordet und beraubt hatte, ist aus dem Provinzialgefängnis in Mainz entsprungen.

Wiesbaden, 20. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat an den Reichskanzler die telegraphische Bitte gerichtet, den Oberbefehlshaber der Entente-truppen zu ersuchen, von einer Besetzung der Stadt Wiesbaden mit Rücksicht auf den Charakter der Stadt als internationaler Kur- und Badeort Abstand zu nehmen.

Wiesbaden, 20. Nov. Der Polizeipräsident Kammerherr von Heimburg wurde von dem Arbeiter- und Soldatenrat seines Amtes als Polizeipräsident entkleidet. An seiner Stelle setzte man den Stadtverordnetenvorsitzer Justizrat Dr. Alberti.

Mainz. Dieser Tage fand hier eine Versammlung der christlichen Gewerkschaften statt. Am Schlusse der Tagung fand nochstehende Entscheidung einstimmige Annahme:

„Die christlichen Gewerkschaften betrachten sich als einen Teil des Volksganges. Als solchen Teil vertreten sie mit aller Entschiedenheit in diesem Namen die Interessen ihrer Mitglieder, des werktätigen Volkes. Wir verlangen wahre Freiheit, wirkliche Demokratie in unserem Staatswesen, im Zusammenleben unserer Volksgenossen. Wir stellen uns auf den Boden der tatsächlichen Verhältnisse und fordern mit aller Entschiedenheit, daß auch die christlich-nationale Arbeiterbewegung und die übrigen Staatsbürger neben den revolutionären Gewalthabern zur Mitarbeit herangezogen werden. — Mit aller Entschiedenheit fordern wir, daß die gegenwärtigen Machthaber sofort die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung vorbereiten und vornehmen lassen, weil die in der Hauptsache einseitig gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte nicht als die Vertretung unseres ganzen Volkes anerkannt werden können. Die Nationalversammlung soll über die Zukunft und Gestaltung unseres Vaterlandes entscheiden. — Die christlich-nationale gesinnungtreue Arbeiter- und Arbeiterinnen fordern wir auf, endlich geschlossen den christlichen Gewerkschaften beizutreten und für deren Grundsätze und Ideale einzutreten.“

— **Aus Rheinhessen, 19. Nov.** Die in diesem Jahre so sehr verspätete Kartoffelernte, geht im Laufe dieser Woche überall in Rheinhessen zu Ende. Zu Anfang dieser Woche kann man noch da und dort Leute mit dem Ausbaden der Kartoffeln be-

schäftigt sehen, doch handelt es sich hierbei meist um Nachzügler. Der in den letzten Nächten eingetretene Frost (bis zu 6 Grad) hat vielfach den noch im Felde stehenden Kartoffeln, besonders den oben liegenden empfindlich geschadet. Auch die Dickwurzeln, die noch nicht überall völlig eingeerntet sind, litten unter dem Frost.

Bad Kreuznach, 18. Nov. Gestern plünderten Soldaten und Zivilisten die Kleidermagazine des Bezirkskommandos und die Kammern der einzelnen Truppenteile. Es spielten sich üble Szenen ab. Besonders war die Landbevölkerung dabei beteiligt, die sich im Krieg nicht allein als Wucherer und Ausbeuter des Volkes gekennzeichnet hatte, sondern auch jetzt noch vaterländisches Gut stiehlt, das doch einzig für unsere heimkehrenden Krieger bestimmt sein soll. Der Arbeiter- und Soldatenrat, unterstützt von der Bürgerwehr, nahm den Plünderern alles ab und ließ keinen Zug, keine Kleinbahn, keine elektrische Abfuhr, bevor alles herausgegeben war. Viele Autos voll Sachen konnten den Kammern wieder zugeführt werden.

— **Detmold, 20. Nov.** Der abgedankte Fürst Leopold von Lippe hat wie gemeldet wird, die von ihm gestiftete und mit Betriebskapital reich ausgestattete Fürst-Leopold-Akademie für Verwaltungswissenschaften dem Land Lippe geschenkt. Das Bar-Möbgen der Akademie beträgt allein 2 500 000 Mark und entstammt aus dem Privateigentum des hochherzigen Gründers.

Gottesdienst-Ordnung.

Katholische Pfarrkirche zu Rüdesheim.

27. und letzter Sonntag nach Pfingsten. Evangelium: Vom Genuß der Vermählung. Matth. 24., 15.—25. 6 Uhr Beichtstuhl. 7 Uhr hl. Kommunion. 7 Uhr Frühmesse. 1/29 Uhr Schulmesse. 1/210 Uhr Sonntagspredigt. Nachm. ist Christenlehre und Armenbesuch andacht mit Gebet für den Frieden.

An den Wochentagen sind die hl. Messen um 1/27 u. 1/48 Uhr. Montag 1/27 Uhr hl. Messe in der Schwesternkapelle. Donnerstag 1/27 Uhr hl. Messe im St. Josephstift. Samstag von 4 Uhr abends ab Beichtstuhl. 1/38 Uhr Salve.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Meier.

Danksagung.

Allen Lieben, welche bei der Krankheit und dem Hinscheiden meiner nun in Gott ruhenden, unvergesslichen, lieben Tochter, unserer einzigen, guten Schwester, so herzlichen Anteil genommen, sagen wir hiermit unseren innigsten Dank.

In tiefer Trauer:

Frau P. J. Magnus Wwe.
und Kinder.

Rüdesheim a. Rh., den 20. November 1918.

Danksagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise liebevoller und herzlicher Teilnahme bei dem schweren Verluste unseres lieben unvergesslichen Sohnes, Bruders, Schwagers, Schwiegersohnes, Onkel und Bräutigams sprechen wir auf diesem Wege allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank aus.

Frau Johann Mang Wwe.
Lorchen Schlotter.

Rüdesheim a. Rh., den 21. November 1918.



Küchenstreifen - Schrankpapier
Worten- und Butterbrotpapier
empfiehlt
M. Meier, Kirchstraße, Rüdesheim.

Rechnungs-Abschluß 1917/18

des
St. Elisabeth-Vereins zu Rüdesheim a. M.
69. Jahrgang
Einnahmen

In diesem Jahre hatte der Verein folgende Einnahmen:

1. Kassenbestand am 1. Oktober 1917	Fehlbetrag 34.40 M.
2. Zinsen aus den Vermächtnissen	M. 203.41
3. Jährliche Beiträge der Mitglieder und Wohltäter	" 283.-
4. Geschenke für Anschaffung von Lebensmitteln	" 75.-
5. Kollekte bei der Jahresversammlung	" 47.58
6. Zu Weihnachten freiwillige Spenden in bar zur Kohlenversorgung für bedürftige Familien	" 185.-
Summa	M. 794.05

Ausgaben

1. Fehlbetrag der Kasse am 1. Oktober 1917	M. 34.40
2. Lebensmittelanweisungen gegeben an Kranke und bedürftige Familien	" 296.-
3. Misch	" 96.-
4. Arzneien und medizinische Stärkungsmittel	" 29.-
5. in Bar	" 57.50
6. An die Kinderschule Pflege für 2 arme Kinder	" 45.30
7. Die bei den Einnahmen genannte Weihnachtspende zur Kohlenversorgung für bedürftige Familien	" 185.-
8. Vereinsbötin	" 10.-
Summa	M. 754.60

Einnahmen	M. 794.05
Ausgaben	M. 754.60
Kasse am 1. Oktober 1918	M. 39.45

Der Vorstand.

Weinbergs-Must

36 Ruten, Ruhweg, Rüdesheimer Gemarkung zu verkaufen. Näheres bei der Geschäftsstelle ds. Bl.

10 gute kräftige

Rotwein-Stückfah
zu verkaufen.

Heinrich Burkard
Aufst. d. Kriegsfahrgesellsch.
Koblenz-Neuendorf
Gerberichstr. 28.

Eine Frau sucht Arbeit im
Waschen und Putzen
Näheres in d. Exp. d. Bl.

Evangelische Kirche
zu Rüdesheim.

Sonntag, den 24. Nov.
(Totenfest.)

Vorm. 1/210 Uhr:
Hauptgottesdienst.

Kollekte für das Diakonissenhaus Paulinenstiftung in Wiesbaden.

Vorm. 1/211 Uhr:
Kinder-gottesdienst.

Unterricht

in
Violin
Klavier

sowie sonstigen

Blasinstrumenten

erteilt aufs gründlichste ferner übernehme ich

Klavierstimmen
Reparaturen sämtlicher

Jakob Rüdiger
ged. Militär-Musikant
Rüdesheim a. M.
Klunershof 4